

Reisen als Entwicklungshilfe

Tourismus. Die Tourismusbranche erwirtschaftet 10 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts und stellt 9 Prozent aller Arbeitsplätze. Vor allem für Entwicklungs- und Schwellenländer ist der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor – und er trägt auch zu gesellschaftlichen Veränderungen bei. 

Was der Tourismus für die Wirtschaft mancher Länder bedeutet, zeigt sich oft erst, wenn die Urlauber wegbleiben: Ägypten zum Beispiel zählte vor der Revolution im Jahr 2011 noch rund 15 Millionen Touristen pro Jahr, doch seit dem Sturz von Hosni Mubarak und den an-

schließenden Unruhen und Terrorakten ist die Zahl der Besucher um ein Drittel geschrumpft. Die ägyptische Tourismuswirtschaft – eine der wichtigsten Einnahmequellen des Landes – meldete allein im Jahr 2013 einen Umsatzrückgang von mehr als 40 Prozent.

Wie wichtig der Tourismus insbesondere für Schwellen- und Entwicklungsländer ist, hat die IW Consult im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW) untersucht. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, welche Effekte die Ausgaben deutscher Touristen haben. Um das in konkrete Zahlen gießen zu können, muss man zwischen verschiedenen Auswirkungen unterscheiden:

Direkte Effekte. Das sind die unmittelbaren Ausgaben der Urlauber, etwa fürs Hotel, fürs Essen, für Veranstaltungen und für den Transport vor Ort.

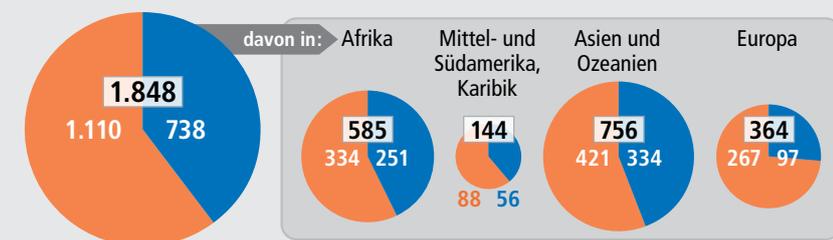
Indirekte Effekte. Dazu zählen die Einkäufe von Vorleistungsgütern, die Investitionen in die touristische Infrastruktur und die staatliche Tourismusförderung.

Induzierte Effekte. Das ist jene Wertschöpfung, die durch die Einkommen der Beschäftigten in der Tourismuswirtschaft entsteht – sie verdienen Geld, geben es aus und sorgen so auch für mehr Umsatz in anderen Wirtschaftszweigen. →

Urlauber schaffen Millionen Arbeitsplätze

Direkte und indirekte Beschäftigung 2012 durch Ausgaben deutscher Touristen in den Entwicklungs- und Schwellenländern in 1.000

■ Beschäftigte direkt in der Tourismuswirtschaft ■ Beschäftigte durch indirekte und induzierte Effekte □ Insgesamt



Indirekte und induzierte Effekte: zum Beispiel die Wertschöpfung, die dadurch entsteht, dass die im Tourismus Beschäftigten ein Einkommen haben und das vor Ort ausgeben; Entwicklungs- und Schwellenländer: nach Definition der OECD, in Europa sind das Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Serbien, die Türkei, Weißrussland und die Ukraine
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 46

Inhalt

Einkommensarmut. Wenn wenigstens jeder zweite Flüchtling in den Arbeitsmarkt integriert wird, bleibt die Armutsquote auf Normalmaß.
Seite 3

Kommunale Unternehmen. Dienstleistungen wie die Energie- und Wasserversorgung werden wieder zunehmend von öffentlichen Betrieben erbracht.
Seite 4-5

Einzelhandel. Trotz des Trubels gerade in der Vorweihnachtszeit ist das Betriebsklima in der Branche ausgesprochen gut.
Seite 6

Albanien. Die EU bietet dem Westbalkanstaat zwar eine Beitrittsperspektive, doch verhandelt wird noch nicht.
Seite 7

Straßenverkehrslärm. Damit Fahrzeuge weniger Lärm verursachen, müssen Reifen, Fahrbahndecken und Motoren aufeinander abgestimmt werden.
Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Schaut man sich die Auswirkungen der Ausgaben deutscher Touristen unter diesen Aspekten an, ergibt sich – nach Abzug der Einkäufe und Importe der Tourismusunternehmen – folgendes Bild (Grafik):

Im Jahr 2012 haben deutsche Touristen 13,5 Milliarden Euro in Schwellen- und Entwicklungsländern ausgegeben – einschließlich der indirekten und induzierten Effekte ergab das einen Beitrag zu deren Bruttoinlandsprodukt von gut 19 Milliarden Euro.

Aus diesen Zahlen lässt sich die Hebelwirkung der Tourismusausgaben errechnen. Demnach führt jeder Euro, den Urlauber in diesen Ländern ausgeben, zu einem direkten Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Höhe von rund 0,50 Euro – einschließlich der indirekten und induzierten Effekte sind es sogar etwas mehr als 1,40 Euro.

Bricht man diese Zahlen auf jeden einzelnen der insgesamt 11,2 Millionen deutschen Touristen herunter, die 2012 ein Schwellen- oder Entwicklungsland besucht haben, dann werden mit direkten Ausgaben von

durchschnittlich 1.210 Euro pro Reisenden ökonomische Effekte von insgesamt 1.700 Euro ausgelöst.

Da die Tourismuswirtschaft sehr personalintensiv ist, schlagen sich die Ausgaben der Urlauber vor allem in der Beschäftigungsstatistik nieder. Und auch hier kann und muss man unterscheiden zwischen direkten, indirekten und induzierten Effekten (Grafik Seite 1):

Durch ihre direkten Ausgaben von 13,5 Milliarden Euro haben deutsche Touristen 2012 in den Schwellen- und Entwicklungsländern rund 738.000 Menschen Arbeit in der Tourismuswirtschaft gegeben.

Einschließlich der indirekten und induzierten Auswirkungen lag der Beschäftigungseffekt bei mehr als 1,8 Millionen.

Noch eindrucksvoller sind die Beschäftigungseffekte des Tourismus, wenn man nicht die große Gruppe der Schwellen- und Entwicklungsländer insgesamt betrachtet, sondern einzelne Länder. Drei Beispiele:

In Ägypten sorgen die deutschen Tourismusausgaben für rund 68.000

Arbeitsplätze direkt im Tourismus und 154.000 Jobs insgesamt.

In Thailand ermöglicht der deutsche Tourismus insgesamt 132.000 Arbeitsplätze, davon 55.000 direkt im Tourismus.

In Kenia geben die Urlauber aus Deutschland insgesamt 11.000 Menschen eine Beschäftigung, rund 4.000 davon arbeiten direkt in der Tourismuswirtschaft.

Der wachsende Tourismus hat in den Schwellen- und Entwicklungsländern aber nicht nur ökonomische Effekte, sondern beeinflusst auch die gesellschaftliche Entwicklung.

So gilt als statistisch gesichert, dass es zum Beispiel einen positiven Zusammenhang zwischen Tourismus und Alphabetisierung gibt: Verdoppelt sich die Zahl der Touristen in einem dieser Länder, erhöht sich der Alphabetisierungsgrad um durchschnittlich 1,1 Prozentpunkte.

Dieses Phänomen lässt sich relativ einfach erklären: Zum einen wirkt sich der direkte Kontakt zwischen Touristen und der lokalen Bevölkerung unmittelbar auf die Alphabetisierung aus. Noch wichtiger aber ist der Effekt, dass die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Tourismuswirtschaft den Menschen einen Anreiz geben, sich für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren.

Ähnlich positive Auswirkungen hat der Tourismus auf die politische Stabilität und Teilhabe sowie den Zugang zu sauberem Wasser und zu Elektrizität.

Reisen hilft nachhaltig

Auswirkungen der Ausgaben deutscher Touristen im Jahr 2012 auf das Bruttoinlandsprodukt der Entwicklungs- und Schwellenländer in Milliarden Euro

| | Entwicklungs- und Schwellenländer davon in: | Afrika | Mittel- und Südamerika, Karibik | Asien und Ozeanien | Europa |
|---|--|--------------|---------------------------------|--------------------|--------------|
| Direkte Ausgaben deutscher Touristen | 13,5 | 2,9 | 1,7 | 3,5 | 5,4 |
| Einkäufe/Importe der Tourismusunternehmen | - 6,6 | - 1,1 | - 0,7 | - 1,9 | - 2,8 |
| Investitionen und andere indirekte und induzierte Effekte | + 12,3 | + 2,4 | + 1,5 | + 3,5 | + 4,9 |
| Insgesamt | = 19,2 | = 4,1 | = 2,5 | = 5,1 | = 7,5 |

Indirekte und induzierte Effekte: zum Beispiel die Wertschöpfung, die dadurch entsteht, dass die im Tourismus Beschäftigten ein Einkommen haben und das vor Ort ausgeben; Entwicklungs- und Schwellenländer: nach Definition der OECD, in Europa sind das Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Serbien, die Türkei, Weißrussland und die Ukraine
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult

IW-Studie

Adriana Neligan, Sebastian van Baal, Edgar Kreilkamp, Thorsten Lang, Leonard Jürgens: Entwicklungsfaktor Tourismus, Studie im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Tourismuswirtschaft
iwkoeln.de/tourismus

Arbeit ist das A und O

Einkommensarmut. In den nächsten Monaten wird die Armutsgefährdungsquote durch den Zustrom von Flüchtlingen steigen. Wenn es aber gelingt, mittel- bis langfristig wenigstens jeden zweiten Flüchtling in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wird die Quote wieder ihr Normalmaß erreichen.

Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland wird für dieses Jahr auf rund 800.000 bis 900.000 Menschen geschätzt, und auch im kommenden Jahr werden die Flüchtlingsströme voraussichtlich kaum abreißen.

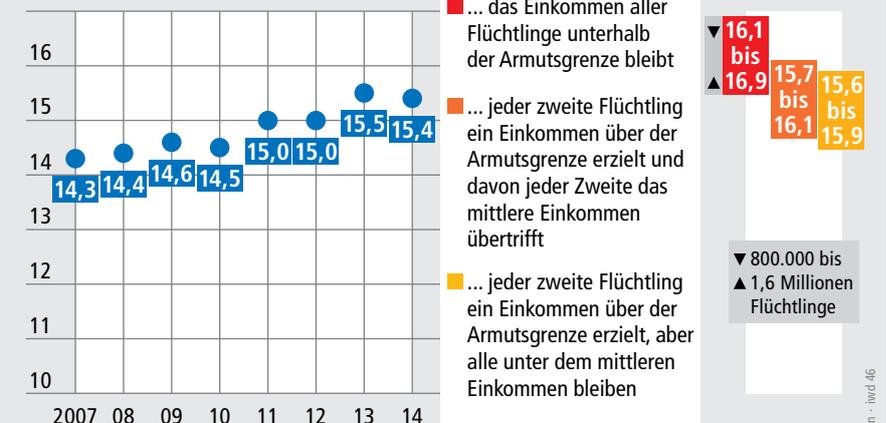
Diese Menschen werden es zunächst schwer haben, aus eigener Kraft ein Einkommen zu erwirtschaften. Bevor Flüchtlinge in Deutschland arbeiten dürfen, müssen sie in der Regel ihr Asylverfahren durchlaufen und eine Aufenthaltsberechtigung bekommen, also einen Aufenthaltstitel.

Ausnahmen sind zwar nach drei Monaten möglich – etwa wenn ein Arbeitgeber keinen einheimischen Mitarbeiter findet oder auch in Mangelberufen. Das aber wird von der Arbeitsagentur streng geprüft. Denn im Rahmen dieser Vorrangprüfung schlägt das Jobcenter der Firma sechs Wochen lang Bewerber vor und der Arbeitgeber muss es gut begründen, wenn er einen Kandidaten für nicht geeignet hält. Ähnlich streng sind die Regeln, wenn Flüchtlinge hierzulande nur geduldet werden (Kasten).

Insofern wird die große Mehrheit der Flüchtlinge zunächst von staatlichen Transferleistungen leben. Die Menschen werden in den allermeisten Fällen die sogenannte Armuts-

Armutsquote: Kein drastischer Anstieg durch Flüchtlinge

Armutsquote in Deutschland in Prozent, wenn ...



Armutsquote: Anteil der Menschen, die maximal 60 Prozent des mittleren Einkommens erreichen; die Armutsgrenze belief sich bei einem Single 2014 laut Mikrozensus auf 917 Euro monatlich; das mittlere Einkommen betrug 1.528 Euro; Simulationen auf Grundlage der Einkommensverteilung des Jahres 2012; 2007 bis 2014: tatsächliche Werte; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel, Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw-d 46

schwelle – 60 Prozent des mittleren Einkommens – nicht überspringen.

Welche Folgen das für die offizielle Armutsquote hat, hat das IW Köln ausgerechnet (Grafik):

- Sollten rund 800.000 Flüchtlinge in Deutschland von Transferleistungen leben, steigt die Armutsquote von 15,4 auf 16,1 Prozent.
- Wenn der Flüchtlingsstrom nicht abreißt und insgesamt rund 1,6 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland kommen und hier versorgt werden müssen, wird sich die Armutsgefährdungsquote auf 16,9 Prozent erhöhen.

- Gelingt es aber, auch nur einem Teil der Flüchtlinge zu einem Job zu verhelfen, fällt der Zuwachs der Armutsquote weit geringer aus.

Im besten Fall – bei 800.000 Flüchtlingen, von denen jeder zweite ein monatliches Einkommen zwischen 900 und 1.500 Euro hat – liegt die Armutsquote lediglich um 0,2 Prozentpunkte höher als heute.

Schon diese Beispiele zeigen, wie wichtig es für – einheimische wie ausländische – Transferempfänger ist, einen Job zu bekommen. Letztlich lässt sich nur so Armut wirksam vermeiden.

Arbeitsmöglichkeiten für Geduldete

Geduldete können nach drei Monaten erwerbstätig werden, wenn die Bundesagentur für Arbeit in einer Vorrangprüfung festgestellt hat, dass kein geeigneter bevorzogter Bewerber (Inländer, EU-Bürger usw.) für die Stelle zur Verfügung steht. In einer Gleichwertigkeitsprüfung muss festgestellt werden, dass Lohn und Arbeitsbedingungen dem ortsüblichen Niveau entsprechen.

Nach 15 Monaten Aufenthalt in Deutschland – spätestens aber nach vier Jahren – ist eine weitere Gleichwertigkeitsprüfung vorgeschrieben. Danach gibt es keine Prüfung mehr. Allerdings muss in jedem Fall noch die Ausländerbehörde zustimmen. Für die betriebliche Ausbildung, hochqualifizierte Tätigkeiten und die Mitarbeit im Familienunternehmen entfällt die Vorrangprüfung im dritten bis 15. Monat. Leiharbeit ist in dieser Zeit nur in Engpassberufen zulässig.

Fragwürdige Privilegien

Kommunale Unternehmen. Seit einigen Jahren werden regionale Dienstleistungen wie die Energie- und Wasserversorgung wieder zunehmend von Betrieben erbracht, die den Städten und Gemeinden gehören. Dieser Trend zur Rekommunalisierung verdrängt private, meist mittelständische Anbieter vom Markt – und die Bürger zahlen dabei oft drauf.

Ob in der Großstadt oder auf dem Land – die Deutschen erwarten, dass die Stromversorgung funktioniert, stets sauberes kaltes und warmes Wasser aus den Leitungen kommt und der Hausmüll regelmäßig abgeholt wird. Und das alles soll möglichst günstig sein.

Erbracht werden diese Dienste teils von privaten, teils von kommunalen Anbietern. Nach einer Phase, in der die Städte und Kreise – nicht zuletzt, um ihre Schuldenberge abzutragen – viele öffentliche Betriebe privatisiert hatten, geht der Trend seit der Jahrtausendwende wieder zum Selbermachen (Grafik):

Im Zeitraum von 2000 bis 2012 ist die Zahl der kommunalen Unternehmen in Deutschland um nahezu ein

Viertel auf fast 13.500 gestiegen – ihre Umsätze haben sich sogar auf 278 Milliarden Euro verdoppelt.

Die Befürworter dieser Entwicklung führen in erster Linie das Argument ins Feld, dass nur öffentliche Betriebe alle Bürger – auch sozial schwache und jene, die in dünn besiedelten Gebieten leben – günstig und in vollem Umfang versorgen. Für private Anbieter würde sich das nicht lohnen, sodass zum Beispiel ländliche Regionen nicht ausreichend ans Busnetz angebunden oder unzureichend mit modernen Telekommunikationsnetzen ausgestattet würden.

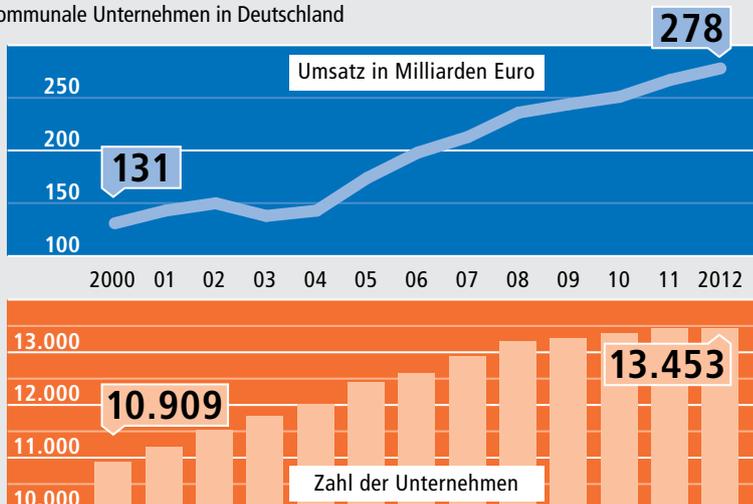
Diesem Argument widerspricht allerdings ein ebenso oft vorgebrachtes, nämlich dass die öffentlichen

Unternehmen hohe Gewinne einfahren und auf diese Weise die kommunalen Haushalte entlasten würden (vgl. iwd 34/2014). Beides zusammen – eine Rundumversorgung zu niedrigen Preisen und hohe Gewinne – funktioniert jedoch nicht. Zum Beispiel gehen die von kommunalen Abfallwirtschaftsbetrieben in Bayern erzielten üppigen Renditen mit hohen Gebühren für die Bürger einher (Kasten Seite 5).

Auch das Argument, die kommunalen Unternehmen würden eine besondere Rolle für den regionalen Arbeitsmarkt spielen, zieht nur vordergründig. Zwar sind zum Beispiel die Tariflöhne für Geringqualifizierte im öffentlichen Dienst um etwa 20 Prozent höher als in der Privatwirtschaft. Die höheren Lohnkosten müssen jedoch am Ende von allen Gebühren- und Steuerzahlern finanziert werden – also auch von jenen, die selbst nicht beim Staat beschäftigt sind und damit auch

Kommunen unternehmen mehr

Kommunale Unternehmen in Deutschland



Kommunale Unternehmen: einschließlich kommunaler Fonds und unternehmerisch agierender Einrichtungen
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Wo der Staat unternehmerisch aktiv ist

Wirtschaftsbereiche mit dem höchsten Umsatz staatlicher Unternehmen im Jahr 2012 in Milliarden Euro

| | |
|--|-----|
| Energieversorgung | 170 |
| Gesundheitswesen | 55 |
| Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung | 46 |
| Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen | 30 |
| Grundstücks- und Wohnungswesen | 27 |
| Unternehmensverwaltung und -beratung | 17 |
| Abfallwirtschaft | 12 |
| Wasserversorgung | 11 |
| Abwasserentsorgung | 10 |

Müllentsorgung: Private können's billiger

Durchschnittliche Abfallgebühren für einen Vierpersonenhaushalt in Landkreisen im Jahr 2015 in Euro



| Die bayerischen Landkreise mit den niedrigsten Abfallgebühren im Jahr 2015 in Euro | | | | | | Entsorger |
|--|-----|--------|---------------------------|-----|----------|-----------|
| Kulmbach | 163 | Privat | Eichstätt | 188 | Privat | Privat |
| Unterallgäu | 175 | Privat | Altötting | 194 | Privat | Privat |
| Neustadt an der Waldnaab | 180 | Privat | Neumarkt in der Oberpfalz | 198 | Privat | Privat |
| Amberg-Weilheim | 184 | Privat | Straubing | 199 | Kommunal | Kommunal |
| Augsburg | 184 | Privat | Kronach | 202 | Privat | Privat |

Ursprungsdaten: Gebührenordnungen der Landkreise

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 46

Die Abfallwirtschaft in Bayern

Die Müllentsorgung im Freistaat ist derzeit überwiegend privat organisiert – und laut einer repräsentativen Emnid-Befragung sind 97 Prozent der Bayern mit ihrer Müllabfuhr zufrieden. Dennoch ist auch im Freistaat eine Tendenz zur Rekommunalisierung festzustellen. Das ist umso bedenklicher, als die privaten Abfallentsorger effizienter wirtschaften als die öffentlichen Betriebe, wie eine Studie der IW Consult zeigt. Zwar betrug der Gewinn der kommunalen bayerischen Entsorgungsunternehmen im Jahr 2012 durchschnittlich 6,9 Prozent des Betriebsertrags, die Rendite der Privaten lag bei 4,2 Prozent. Rechnet man jedoch den Effekt des Umsatzsteuerprivilegs heraus, erzielten die öffentlichen Anbieter lediglich eine Rendite von 3,3 Prozent.

Zugleich kassieren die kommunalen Betriebe für den Müll eines typischen Vierpersonenhaushalts im Schnitt 320 Euro pro Jahr – die privaten Anbieter dagegen nur 280 Euro (Grafik). Zufällig ausgewählte kommunale Entsorger in anderen Bundesländern erheben sogar Abfallgebühren von durchschnittlich 361 Euro.

Die privaten Müllentsorger punkten aber zum Beispiel auch mit einer besonders modernen Fahrzeugflotte – so sammelt im Landkreis Landshut seit 2011 auch ein Hybridfahrzeug den Müll ein. Und im Landkreis Regensburg ist die Abfallwirtschaft auf Initiative des privaten Entsorgers auf eine bessere Ressourcen- und Energienutzung getrimmt worden – unter anderem durch die Trennung von Holz und anderen Materialien bei der Sperrmüllsammung.

nicht von einem solchen Lohnprivileg profitieren.

Hinzu kommt, dass der Wettbewerb um regionale Dienstleistungen verzerrt ist. Denn die öffentlichen Anbieter genießen drei Privilegien:

- **Umsatzsteuerbefreiung.** Dieses Privileg gilt zwar laut Umsatzsteuergesetz nur für „hoheitliche“ öffentliche Betriebe, die für das Gemeinwesen unverzichtbare und nicht privat organisierbare Dienste erbringen, aber nicht für solche „gewerblicher Art“. Doch eine klare Zuordnung gibt es nicht. Zudem ist eine Gesetzesnovelle auf dem Weg, die die Kooperation zwischen kommunalen Betrieben erleichtert. Damit könnten Kommunen zum Beispiel IT-Leistungen in großen Gemeinschaftsunternehmen bündeln, die bundesweit agieren und unter Aus-

nutzung ihres Steuerprivilegs weitere private Anbieter verdrängen.

- **Freistellung von der Kartellaufsicht.** Seit 2012 unterliegen die von öffentlichen Unternehmen verlangten Gebühren nicht mehr der Aufsicht des Bundeskartellamts. Die kommunale Rechtsaufsicht prüft die Gebühren zwar formal, lässt aber Effizienzkriterien außer Acht. Folglich haben öffentliche Unternehmen weniger Anreize, ihre Leistungen kostengünstig anzubieten, und Bürger wenig Einspruchsmöglichkeiten gegen hohe Preise.

- **Niedrigere Zinskosten.** Ein öffentliches Unternehmen kann aufgrund der staatlichen Haftungsgarantie Kredite zu einem niedrigeren Zins aufnehmen als eine private Firma. Die Kehrseite dieser Haftung ist aber, dass für Managementfehler

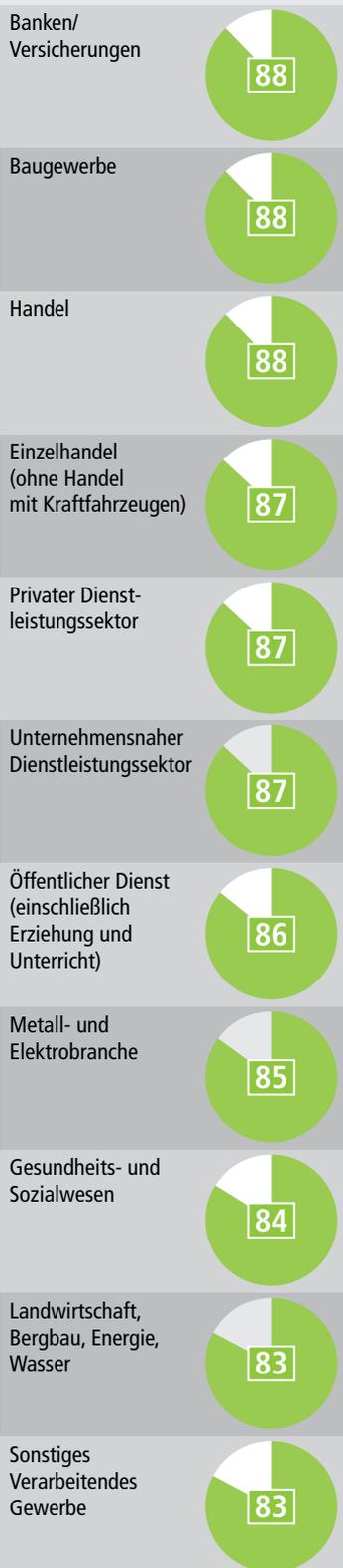
und daraus resultierende Verluste des kommunalen Betriebs am Ende der Steuerzahler geradestehen muss.

Damit öffentliche und private Anbieter in Zukunft wieder stärker auf Augenhöhe konkurrieren können, sollte unter anderem das Umsatzsteuerprivileg zumindest eingeschränkt werden. So ist es zwar akzeptabel, IT-Leistungen innerhalb der öffentlichen Verwaltung von der Umsatzsteuer auszunehmen, aber nicht jene Leistungen, die von kommunalen Rechenzentren auch für Nachbargemeinden erbracht werden. Außerdem sollte die Preisgestaltung kommunaler Betriebe wieder durch das Bundeskartellamt kontrolliert werden.

Vgl. IW policy paper 34/2015 unter: iwkoeln.de/rekommunalisierung

Die lieben Kollegen

So viel Prozent der Beschäftigten waren 2011/2012 mit dem Betriebsklima zufrieden oder sehr zufrieden



Befragung von 15.984 Angestellten und Arbeitern zwischen 15 und 64 Jahren in den Jahren 2011 und 2012; Einzelhandel: Teilgruppe der Kategorie Handel
 Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Eine Branche, in der man zusammenhält

Einzelhandel. In gut 40 Tagen ist Weihnachten. Für die rund 3 Millionen Beschäftigten im deutschen Einzelhandel sind die Wochen vor dem Fest die stressigsten des Jahres. Trotz des alljährlichen Trubels ist das Betriebsklima in dieser Branche ausgesprochen gut.

Der durchschnittliche Beschäftigte im Einzelhandel ist eine 41-jährige Sie mit abgeschlossener Berufsausbildung. Ihr Arbeitsalltag ist vielfältig: Ware beschaffen, lagern, transportieren und verkaufen. Neben einer gehörigen Portion Planung und Organisation steht die Kundenberatung im Vordergrund. In kaum einer anderen Branche dürften der Kundenkontakt und auch der Austausch mit den Kollegen so unmittelbar von Angesicht zu Angesicht stattfinden wie hier.

Die Beschäftigten im Einzelhandel müssen nicht nur zur Weihnachtszeit die Übersicht im oftmals trubeligen Alltag behalten. So gab 2012 in der Erwerbstätigenbefragung des Bundesinstituts für Berufsbildung sowie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin rund jeder zweite Beschäftigte im Einzelhandel an, häufig mehrere verschiedene Arbeiten oder Vorgänge gleichzeitig erledigen oder organisieren zu müssen.

Verglichen mit anderen Branchen fällt im Einzelhandel der Anteil der Beschäftigten, die unter Zeitdruck stehen, hoch aus: Knapp jeder Zweite arbeitet häufig in schnellem Tempo. Starken Termin- und Leistungsdruck empfinden dagegen mit rund 38 Prozent vergleichsweise wenige Mitarbeiter, wobei Beschäftigte mit

Führungsverantwortung diesen Druck deutlich häufiger verspüren.

Die Gelassenheit vieler Einzelhändler ringt manch gehetztem Last-Minute-Geschenkejäger spätestens am Vormittag des 24. Dezember Bewunderung ab. Der Schlüssel für so viel Contenance dürfte der gute Zusammenhalt unter den Beschäftigten sein (Grafik):

Neun von zehn Mitarbeitern im Einzelhandel geben an, mit dem Betriebsklima zufrieden zu sein; vier von zehn sind sogar sehr zufrieden – im Schnitt aller Branchen trifft dies nur auf drei von zehn Beschäftigten zu.

Zur hohen Zufriedenheit tragen vor allem die Kollegen bei – 87 Prozent empfinden die Zusammenarbeit mit den Arbeitskollegen häufig als gut, 80 Prozent können sich auf deren Hilfe und Unterstützung verlassen, wenn sie diese brauchen.

Dieses Wir-Gefühl dürfte bewirken, dass gerade Beschäftigte im Einzelhandel gut mit Zeitdruck umgehen können. Denn soziale Unterstützung ist eines der besten Mittel zur Stressprävention. Wer das Gefühl hat, Teil eines starken Teams zu sein, und wem die Kollegen den Rücken stärken, der kann mit nörgelnden Kunden in der Warteschlange an der Kasse besser umgehen.

Noch ein Tipp für gestresste Weihnachtsgeschenkejäger: Auch dieses Jahr fällt das Fest wieder auf den 24. Dezember. Es bliebe jetzt also noch genügend Zeit, sich etwas für die Lieben zu überlegen. Ein Advent mit weniger Hektik und weniger verstimmten Last-Minute-Einkäufern dürfte allen Beteiligten mehr Zeit zur Vorfreude lassen.

Anschluss gesucht

Albanien. Seit 2009 bemüht sich das Land offiziell um den Beitritt zur Europäischen Union – die bietet Albanien zwar eine Beitrittsperspektive, doch verhandelt wird noch längst nicht.

Als sich die albanische Nationalmannschaft im Oktober mit einem 3:0 gegen Armenien erstmalig für eine Fußballeuropameisterschaft qualifizierte, war der Jubel in Tirana groß. Doch Albanien will nicht nur fußballerisch, sondern auch politisch an Europa heranrücken: Bereits im April 2009 hat die Regierung einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt. Doch erst im Juni 2014 kürte der Europäische Rat das Land zum Beitrittskandidaten.

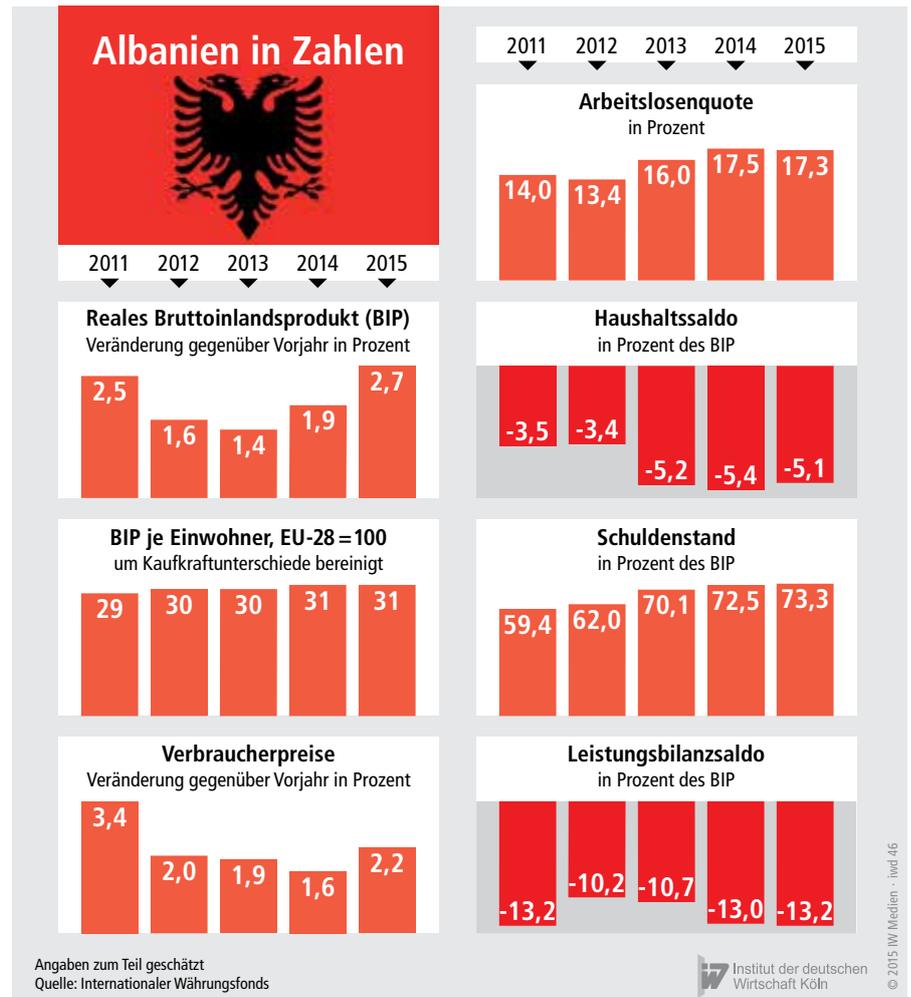
Bisher wurden auch noch keine Verhandlungen aufgenommen. Die EU unterstützt allerdings den Reformprozess in Albanien finanziell. Zwischen 2014 und 2020 sind dafür 650 Millionen Euro aus dem Instrument „Heranführungshilfe“ vorgesehen. Zusätzliche Gelder gibt es aus Deutschland: Seit 1988 sind mehr als 800 Millionen Euro Entwicklungshilfe nach Albanien geflossen.

Nach wie vor ist das 2,8 Millionen Einwohner zählende Albanien aber einer der ärmsten jener Westbalkanstaaten, denen die EU eine Beitrittsperspektive bietet (Grafik):

Das albanische Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beträgt nur knapp ein Drittel des EU-28-Durchschnitts.

Dementsprechend gering sind die Verdienstmöglichkeiten in Albanien: Der durchschnittliche Monatslohn beträgt umgerechnet etwa 380 Euro.

Fast 43 Prozent der albanischen Beschäftigten arbeiten in der Land-



und Forstwirtschaft oder in der Fischerei. Knapp ein Viertel der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung wird in diesen Sektoren erwirtschaftet. Auf die Bauwirtschaft entfallen 11 Prozent, auf die Industrie einschließlich Bergbau sowie Energie- und Wasserversorgung gut 14 Prozent, auf Dienstleistungen rund 52 Prozent.

Problematisch ist die hohe Arbeitslosigkeit in Albanien: Sie liegt offiziell bei rund 17 Prozent, die Quote der Langzeitarbeitslosen beträgt mehr als 11 Prozent. Besonders hoch ist die Jugendarbeitslosigkeit mit 39 Prozent.

Das Leistungsbilanzdefizit – aktuell beträgt es rund 13 Prozent der Wirtschaftsleistung – geht vor allem auf das Defizit im Warenverkehr zurück: Albanien importierte 2014

Waren im Wert von rund 3 Milliarden Euro, exportierte aber nur Güter für 925 Millionen Euro.

Finanziert wurden die Einfuhren vor allem durch ausländische Direktinvestitionen, die größtenteils aus Griechenland, Kanada, Österreich und den Niederlanden stammten, sowie durch Überschüsse bei den Dienstleistungsexporten und durch Heimatüberweisungen albanischer Arbeitnehmer im Ausland (vgl. iw46/2015). Letztere sind jedoch seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise rückläufig.

Um die fragilen staatlichen Finanzen in den Griff zu bekommen, empfiehlt der Internationale Währungsfonds Albanien, den Haushalt zu konsolidieren, die Einnahmen zu steigern und die Energiesubventionen zu drosseln.

Auf den Pneu kommt es an

Straßenverkehrslärm. Kraftfahrzeuge sollen nach EU-Vorstellungen weniger Lärm verursachen. Dieses Ziel wird am besten erreicht, wenn Reifen, Fahrbahndecken und Motoren aufeinander abgestimmt werden.

Aus Messungen ist bekannt, dass der Lärm eines Fahrzeugs unterschiedliche Ursachen hat. Dabei hängt es maßgeblich von der Geschwindigkeit ab, wo der Krach entsteht: Bei einem langsam fahrenden Pkw ist vor allem der Motor zu hören. Ab etwa 40 Stundenkilometern (km/h) dominieren dann die Reifen- und Fahrbahngeräusche – bei modernen Fahrzeugen machen allein die Reifen ungefähr 50 Prozent der Schallemissionen aus. Erst ab 130 Stundenkilometern bestimmen aerodynamische Geräusche den Gesamtpegel.

Bei schweren Lkws sind die Motoren bis zu einer Geschwindigkeit von 60 km/h Lärmquelle Nummer eins.

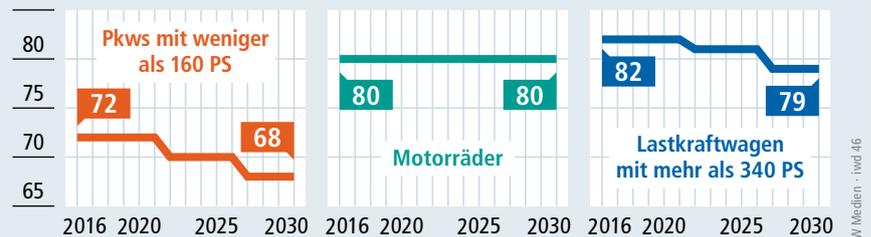
Adressaufkleber

Autos sollen leiser werden

Die EU verlangt von den Fahrzeugherstellern, die Geräuschemissionen bis 2030 deutlich zu senken

Eine Reduktion um 3 Dezibel(A) entspricht einer Halbierung des messbaren Schalls

EU-Fahrzeuggrenzwerte in Dezibel(A)



Quelle: EU-Kommission

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 46

Um die von Autos, Motorrädern und Lkws verursachten Geräusche zu reduzieren, müssen Reifen, Fahrbahnen und Motoren gemeinsam weiterentwickelt werden:

- Eine verbesserte Oberfläche mindert bei jedem Reifen die Lärmemission (Kasten). Um Sprit zu sparen, muss der Rollwiderstand optimiert werden, und bei Nässe und Schnee soll der Reifen auch greifen – hier müssen die Konstrukteure also immer einen Kompromiss finden.
- Optimierte Fahrbahnoberflächen sind ebenfalls eine wirkungsvolle Strategie gegen den Straßenlärm, weil die Fahrbahneigenschaften bei der Schallerzeugung und Schallausbreitung eine wichtige Rolle spielen. Offenporige Fahrbahnen schlucken einen großen Teil des Schalls.

Flüsterasphalt eignet sich besonders für Städte, dort kann der Geräuschpegel um bis zu 9 Dezibel(A) reduziert werden – also geachtelt.

Allerdings kosten der Bau und der Unterhalt einer geräuscharmen

Teerdecke deutlich mehr als bei einer herkömmlichen Piste – und die Lebensdauer von Flüsterasphalt beträgt nur sieben bis zehn Jahre.

Die EU-Kommission jedenfalls hat dem Verkehrslärm den Kampf angesagt. Bis 2030 müssen Neufahrzeuge um bis zu 75 Prozent leiser werden (Grafik). Weil der durchschnittliche Pkw in Deutschland fast neun Jahre alt ist und Reifen je nach Fahrweise ebenso lange halten, wird sich jedoch erst langfristig etwas an der Lärmbelastung durch Motorfahrzeuge ändern. Und selbst ein Elektroauto erfüllt heute nicht einmal die Lärmvorgaben für 2017.

Der Reifen

Aus akustischer Sicht optimal wäre ein Slick, also ein Reifen ohne Profil wie im Rennsport. Wenn die Fahrbahn nass ist, haben diese aber keinen Grip. Aktuell erhältliche Reifen kommen immerhin bis auf 1,5 Dezibel(A) an die geringen Geräuschemissionen von Slicks heran.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.